

# **Auswertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2014**

Hanse-Office – Gemeinsame Vertretung der Länder  
Hamburg und Schleswig-Holstein  
bei der Europäischen Union

Vertretung der Freien Hansestadt Bremen  
bei der Europäischen Union

Informationsbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern  
bei der Europäischen Union

Vertretung des Landes Niedersachsen  
bei der Europäischen Union

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/2360

## Gliederung

Einleitung

Teil A	Struktur des Arbeitsprogramms 2014	3
Teil B	Auflistung der aus norddeutscher Sicht wichtigsten Initiativen der Kommission	5
1.	Wettbewerb, Industrie und Unternehmen, Verkehr, Binnenmarkt und Dienstleistungen	5
2.	Steuern und Zollunion, Währungsunion,	7
3.	Beschäftigung, Soziales, Gesundheit, Integration	8
4.	Bildung, Jugend, Kultur, Forschung und Innovation	10
5.	Umwelt, Klima, Energie und Meerespolitik	11
6.	Landwirtschaft, Fischerei, Verbraucherschutz, Entwicklung des ländlichen Raums	13
7.	Justiz, Inneres, Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention, Humanitäre Hilfe, Schutz der finanziellen Interessen der EU und Rechtsstaatlichkeit	14

## Einleitung

Am 22. Oktober 2013 hat die Europäische Kommission ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2014 vorgelegt. Für den verbleibenden Teil der laufenden Legislaturperiode bis zu den Wahlen zum Europaparlament Ende Mai wurde von der Kommission nur eine begrenzte Anzahl von neuen Initiativen vorgeschlagen.

Die Brüsseler Länderbüros von Hamburg/Schleswig-Holstein (Hanse-Office), Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen haben im Rahmen der norddeutschen Zusammenarbeit die alljährliche Auswertung des Arbeitsprogramms wieder gemeinsam vorgenommen und die aus norddeutscher Sicht wichtigsten Vorhaben aus den unterschiedlichen Politikbereichen zusammengefasst. Dabei reflektiert die Auflistung nur die neuen, von der Kommission für 2014 angekündigten Initiativen.

## Teil A

### **Struktur des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2014**

Die Förderung von Wachstum und Beschäftigung bleibt das Kernziel der Kommission, wobei ein besonderer Fokus auf der Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit und dem erleichterten Kreditzugang von kleineren und mittleren Unternehmen liegt. Ferner zählen die Vollendung der Bankenunion und des Binnenmarktes, Verbesserungen in den Bereichen Justiz und Sicherheit sowie das Auswärtige Handeln zu den vier Hauptprioritäten der Kommission für die nächsten Monate.

Im Jahr 2014 werden neben der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion auch die Finanzmarkregulierung sowie die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung eine wichtige Rolle spielen.

Zu den langfristigen Zielen der Kommission gehören Fortschritte bei Klimaschutz und Energiepolitik, eine moderne Industriepolitik, Fortschritte im Bereich Justiz und Sicherheit sowie Rechtsstaatlichkeit.

Die Kommission will sich im kommenden Jahr besonders auf „Ergebnisse und Umsetzung“ konzentrieren. Nach der Verabschiedung des Verordnungspakets zu den Strukturfonds durch Parlament und Rat muss Anfang 2014 die neue Förderperiode programmatisch ausgestaltet werden. Die Reformen der Ge-

meinsamen Agrarpolitik (GAP) und der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) sind auf Ebene der Europäischen Union abgeschlossen und das Kalenderjahr 2014 wird auch in diesen Politikfeldern hauptsächlich der Umsetzung durch die EU und in den Nationalstaaten gewidmet.

Nach Auffassung der Kommission verdient eine Reihe von laufenden Gesetzgebungsvorhaben, die noch vor den Wahlen zum Europaparlament von Rat und Parlament abgeschlossen werden sollten, eine besondere Aufmerksamkeit. Diese vorrangigen Initiativen, die zur Verabschiedung durch das Europäische Parlament und den Rat anstehen, hat die Kommission erstmalig in das Arbeitsprogramm aufgenommen (Anhang I). Zu den 26 Dossiers dieser Kategorie, für die die Kommission sich besonders stark einsetzen will, gehören u.a. der Einheitliche Abwicklungsmechanismus, die Rahmenregelung für Bankensanierung und –abwicklung, das Einlagensicherungssystem, die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsvermittlungen, das Telekom-Paket, das 4. Eisenbahn-Paket, Emissionshandel und Luftverkehr, das Datenschutz-Paket, der Europäische Staatsanwalt, die Finanztransaktionssteuer, die Richtlinie betreffend Tabakerzeugnisse sowie die Verordnung über das Statut europäischer politischer Parteien und Stiftungen.

Neu ist in dem diesjährigen Arbeitsprogramm eine Liste mit Vorschlägen, die sich aus dem am 2. Oktober 2013 verabschiedeten regulatorischen Eignungs- und Leistungsprogramm REFIT zur Gewährleistung der Zweckmäßigkeit von EU-Rechtsvorschriften ableiten (Anhang III). Aufgelistet werden wie in den vergangenen Jahren auch Vorschläge, die zurückzuziehen sein werden (Anhang IV). Zum Abschluss fügt die Kommission eine Liste an mit Rechtsvorschriften, die 2014 in Kraft treten werden (Annex V).

Die neuen Initiativen der Kommission sind im Anhang II aufgelistet; die daraus ausgewählten Prioritäten für die norddeutschen Länder werden in Teil B (S. 4ff) zusammengestellt.

Das Arbeitsprogramm 2014 der Kommission ist abrufbar:

[http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index_de.htm)

# Teil B: Zusammenfassung der aus norddeutscher Sicht wichtigsten Initiativen der Kommission

Die Brüsseler Länderbüros von Hamburg/Schleswig-Holstein (Hanse-Office), Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen haben im Rahmen der norddeutschen Zusammenarbeit die aus norddeutscher Sicht wichtigsten Vorhaben aus den unterschiedlichen Politikbereichen zusammengefasst.

## 1. Wettbewerb, Industrie und Unternehmen, Verkehr, Binnenmarkt und Dienstleistungen

Vorbemerkung:

Die angekündigten Initiativen im Beihilfebereich führen die seit einigen Jahren laufende Überarbeitung des europäischen Beihilferechts fort und sollen sie vervollständigen. Die Regeln für Technologietransfervereinbarungen müssen aktualisiert werden, weil die gegenwärtigen Regeln in 2014 auslaufen. Das avisierte Paket zur Industriepolitik knüpft an die Mitteilung zu einer integrierten Industriepolitik aus 2010 und deren Update aus 2012 an und dient der Positionierung der Kommission im Lichte der Tagung des Europäischen Rates, von dessen Sitzung im Februar 2014 industriepolitische Impulse erwartet werden.

### Neue Initiativen der KOM

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
5	Wettbewerb	Modernisierung der staatlichen Beihilfen in Schlüsselsektoren	Nicht-Legislativmaßnahme	Das Paket wird die Modernisierung der staatlichen Beihilfen in Schlüsselsektoren vervollständigen: Prüfung der Anwendung der Leitlinien für staatliche Beihilfen auf Flughäfen und Fluggesellschaften, Überarbeitung der Leitlinien für Umweltschutzbeihilfen, der Leitlinien für Forschung, Entwicklung und Innovation, der Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen sowie Einführung neuer Leitlinien für die Land- und Forstwirtschaft.
6	Wettbewerb	Modernisierung der staatlichen Beihilfen: Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung	Nicht-Legislativmaßnahme	Im Zuge der Überarbeitung der AGFVO als Teil der Modernisierung der staatlichen Beihilfen sollen die allgemeinen Kompatibilitätskriterien mit Blick auf eine gesteigerte Ausgabenwirksamkeit und eine weitere Verwaltungsvereinfachung präzisiert werden. Das Paket wird auch eine neue Gruppenfreistellungsverordnung für die Land- und Forstwirtschaft enthalten.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
7	Wettbewerb	Überarbeitung der Wettbewerbsvorschriften für Technologietransfer-Vereinbarungen	Nicht-Legislativmaßnahme	Ziel wird sein, die derzeitigen, 2014 auslaufenden Vorschriften dahingehend zu aktualisieren, dass die Lizenzierung von Rechten an geistigem Eigentum gefördert und damit Innovation unter Aufrechterhaltung.
12	Industrie	Paket zur Industriepolitik	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Mitteilung wird sich mit der verarbeitenden Industrie und den damit verbundenen Dienstleistungen in der EU beschäftigen. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen zu steigern. Das Paket wird eine Überarbeitung der Binnenmarktvorschriften für Industrieprodukte umfassen. Damit sollen die noch bestehenden Handelsschranken beseitigt, die Qualität und Wirksamkeit der Vorschriften erhöht und die geltenden Regeln an die neuesten Praktiken und Entwicklungen
17	Maritime Angelegenheiten/ Inneres	EU-Strategie für die Sicherheit des Seeverkehrs	Nicht-Legislativmaßnahme	In einer gemeinsamen Mitteilung mit der Hohen Vertreterin soll ein kohärenter Strategierahmen sowohl für die interne als auch für die externe Sicherheit des Seeverkehrs entworfen werden, der sich mit Blick auf eine bessere Bewältigung der großen maritimen Sicherheitsprobleme auf Zusammenarbeit, Komplementarität und gemeinsame Ressourcennutzung ziviler und militärischer Einrichtungen stützen wird.

## 2. Steuern und Zollunion, Währungsunion

Vorbemerkung:

Dem Abschluss der laufenden sowie die Implementierung der beschlossenen Gesetzgebungsvorhaben dürfte gerade im Bereich der Bankenunion eine besondere Bedeutung bekommen. Neben den im Teil A aufgeführten Steuerdossiers wird die Kommission im Bereich der Mehrwertsteuer voraussichtlich die Ergebnisse der bis zum 14.02.2014 laufenden Konsultation zum Thema Überprüfung bestehender MwSt.-Rechtsvorschriften zu öffentlichen Einrichtungen und Steuerbefreiungen für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten veröffentlichen.

### Neue Initiativen der KOM

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
23	Finanzen	Follow-up zum Grünbuch über die langfristige Finanzierung der EU-Wirtschaft	Legislativmaßnahme /Nicht-Legislativmaßnahme	Wichtigstes Ziel ist eine vermehrte Bereitstellung von Kapital für langfristige Investitionen. Dies erfordert möglicherweise eine Anpassung oder Änderung der Rahmenbedingungen und insbesondere eine Regulierung der Finanzmärkte, um sicherzustellen, dass diese mehr langfristige Finanzierungen bereitstellen können.
25	Finanzen	Rahmen für Krisenmanagement und Krisenbewältigung für Finanzinstitute, die keine Banken sind	Legislativmaßnahme	Mit Blick auf eine größere Finanzstabilität soll die Initiative parallel zu dem Rahmen für den Bankensektor gewährleisten, dass Finanzinstitute, die keine Banken sind, wirksam ohne Folgen für das System abgewickelt werden können.
29	Finanzen	Auf dem Weg zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem	Nicht-Legislativmaßnahme	Diese Initiative wird auf der Mitteilung vom Dezember 2011 über die Zukunft der Mehrwertsteuer aufbauen und aufzeigen, wie das Bestimmungsprinzip bei der Warenlieferung und Dienstleistungserbringung in der EU als praktikable Lösung für die Zukunft umgesetzt werden kann, was bedeutet, dass das langfristige Ziel der Besteuerung im Ursprungsmitgliedstaat aufgegeben wird.

### 3. Beschäftigung, Soziales, Gesundheit, Integration

Vorbemerkung:

Für das Jahr 2014 fordert die Kommission die Mitgliedsstaaten auf, bereits verabschiedete Maßnahmen in diesem Bereich entschieden umzusetzen, dazu gehören beispielsweise die Umsetzung der Jugendgarantie, eine bessere Zusammenarbeit der Arbeitsämter sowie die Umsetzung der Mitteilung zur Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion. Bereits am 02.10.13 hat die Kommission eine Mitteilung zur Bewertung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs veröffentlicht. Darin regt sie eine umfassende Evaluierung der Berufszugangsregeln in den Mitgliedstaaten (Transparenzinitiative) an. Große Bedeutung wird auch die endgültige Ausgestaltung der kommenden ESF-Förderperiode haben.

Entsprechend hat die Kommission nur eine begrenzte Zahl neuer Initiativen vorgelegt, die sich auf die Bereiche Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, Qualifikation von Arbeitskräften, Lohndiskriminierung von Frauen und Barrierefreiheit beschränken. Der Bereich Gesundheit ist nicht mit politisch relevanten Initiativen vertreten, sondern lediglich im Anhang III der REFIT-Maßnahmen.

#### Neue Initiativen der KOM

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
9	Beschäftigung und Soziales	Mobilität der Arbeitskräfte	Legislativmaßnahme /Nicht-Legislativmaßnahme	Mit der Initiative soll die Freizügigkeit der Menschen in der EU dadurch erleichtert werden, dass die Systeme der sozialen Sicherheit besser abgestimmt werden, was die Rechte der Menschen stärken und zu Wachstum und Beschäftigung beitragen wird. Das Paket wird eine Bilanz des bislang Erreichten sowie Vorschläge zur Änderung der Verordnungen 883/2004 und 987/2009 über die Koordinierung der sozialen Sicherheit und eine Initiative zu den hochmobilen Arbeitnehmern umfassen.
10	Beschäftigung	Mitteilung über die Schaffung von Arbeitsplätzen in einer "grünen Wirtschaft"	Nicht-Legislativmaßnahme	Im Mittelpunkt der Mitteilung werden die wichtigsten Maßnahmen zur Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Verbesserung der Ressourceneffizienz am Arbeitsplatz stehen, eine der größten Herausforderungen für die Wettbewerbsfähigkeit Europas. Es wird hauptsächlich um die wichtigsten Wirtschaftssektoren und die Antizipation des Qualifikationsbedarfs im Sinne einer ressourcenschonenderen Wirtschaft gehen.



Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
15	Beschäftigung, Soziales	Inangriffnahme des Lohngefälles zwischen den Geschlechtern	Nicht- Legislativmaßnahme	Diese Initiative wird den Grundsatz der gleichen Entlohnung für Frauen und Männer stärken und seine wirksame Umsetzung vereinfachen; zudem wird den Mitgliedstaaten bei der Suche nach der richtigen Vorgehensweise zur Verringerung des fortbestehenden Lohngefälles zwischen den Geschlechtern geholfen.
21	Soziales und Integration	Europäischer Rechtsakt über die Zugänglichkeit	Legislativmaßnahme /Nicht- Legislativmaßnahme	Mit dieser Initiative soll der Waren- und Dienstleistungsmarkt für Personen mit Behinderungen und ältere Menschen auf der Grundlage des Konzepts des barrierefreien Zugangs verbessert werden. Diese unternehmensfreundliche Initiative wird verbindliche Maßnahmen zur Förderung der Auftragsvergabe und zur Harmonisierung von Zugänglichkeitsnormen umfassen und ist derzeit Gegenstand einer Konsultation von Industrie und Interessenträgern.

## 4. Bildung, Jugend, Kultur, Forschung und Innovation

Vorbemerkung:

Mit der Einigung zum neuen Rahmenprogramm „HORIZONT 2020“ sind die Voraussetzungen für Ausschreibungen in den Bereichen Forschung und Innovation für die Jahre 2014 bis 2020 geschaffen. Im Gegensatz zum Vorgängerprogramm FP 7 wird die Forschung künftig stärker als Teil der gesamten Innovations- und Wertschöpfungskette gefördert werden.

„HORIZONT 2020“ ist darüber hinaus das wesentliche Instrument zur Umsetzung des Europäischen Forschungsraums, dessen Vollendung ursprünglich für 2014 vorgesehen war. Wie im ersten Fortschrittsbericht vom Herbst 2013 festgestellt, sind die Fortschritte hierzu in den Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich weit vorangeschritten, so dass im Jahr 2014 weitere Maßnahmen der Kommission zu erwarten sind. In ihrer Folge könnte die neue Kommission ab 2015 auch Initiativen zu Legislativmaßnahmen vorlegen.

### Neue Initiativen der KOM

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
27	Forschung und Innovation	Forschung und Innovation als neue Wachstumsfaktoren	Nicht-Legislativmaßnahme	Ausgehend von der Innovationsunion wird in der Mitteilung bewertet, inwieweit die Innovationswirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit verbessert; gleichzeitig wird eine Informationsgrundlage für die Ermittlung prioritärer Investitionen zur Begleitung der nötigen Strukturreformen für die Haushaltskonsolidierung und der Erschließung des Wachstumspotenzials geschaffen.

## 5. Umwelt, Klima, Energie und Meeresspolitik

Vorbemerkung:

Eine effizientere Ressourcennutzung senkt langfristig die Kosten der Unternehmen und vermindert negative Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit. Sie ist daher entscheidend für das Erreichen des EU2020-Ziels eines nachhaltigen Wachstums. Die Förderung einer ressourcen-effizienten Wirtschaft bildet daher weiterhin einen Schwerpunkt der Arbeit der Kommission. Das Arbeitsprogramm 2014 knüpft an die Leitinitiativen „Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa 2050“ und „Energiefahrplan 2050“ an. Dabei ist hervorzuheben, dass der im Arbeitsprogramm angekündigte und für die norddeutschen Länder insbesondere mit Blick auf den Ausbau der Erneuerbaren sehr bedeutsame Klima- und Energierahmen bis 2030 bereits im Arbeitsprogramm 2013 angekündigt war. Auch die Initiative zur Verbesserung der Ressourceneffizienz und der angekündigte Rahmen für eine sichere und umweltverträgliche Förderung unkonventioneller Kohlenwasserstoffe wurden bereits für 2013 angekündigt und für die norddeutsche Länder als wichtig bewertet. Die für 2013 angekündigte Legislativmaßnahme zur Regelung der Haftpflicht für Atomkraftwerke, die erheblich zur Verbesserung der Wettbewerbskraft der Erneuerbaren beitragen könnte, wurde bisher nicht vorgelegt und wurde auch nicht in das neue Arbeitsprogramm aufgenommen.

### Neue Initiativen der KOM

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
3	Umwelt/ Klima/Energie	Klima- und Energierahmen für den Zeitraum bis 2030	Legislativmaßnahme /Nicht- Legislativmaßnahme	Aufstellung eines Rahmens für die Klima- und Energiepolitik über 2020 hinaus bis 2030 mit dem Ziel, eine langfristige Perspektive für Investitionen aufzuzeigen, ein nachhaltiges, sicheres und wettbewerbsfähiges Energiesystem der EU zu schaffen und sicherzustellen, dass die EU nach 2020 in der Lage ist, die Klima- und Energieziele zu erreichen.
4	Umwelt	Rahmen für eine sichere und umweltverträgliche Förderung unkonventioneller Kohlenwasserstoffe	Legislativmaßnahme /Nicht- Legislativmaßnahme	Ziel ist es sicherzustellen, dass Möglichkeiten zur Diversifizierung der Energieversorgung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, u. a. durch nicht konventionelle Gewinnung von Kohlenwasserstoff, in den Mitgliedstaaten, die dies wünschen, sicher und effizient wahrgenommen werden können. Die Rahmenbedingungen sollen sowohl für Marktteilnehmer als auch Bürger Klarheit und Vorhersehbarkeit bieten und im Einklang mit den Erwartungen der Öffentlichkeit gewährleistet, dass auch Explorationsvorhaben, der sorgfältigen Berücksichtigung von Treibhausgasemissionen und dem Umgang mit Klima- und Umweltrisiken, einschließlich Gesundheitsrisiken, Rechnung getragen wird.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
11	Energie	Stand der Verwirklichung des Energiebinnenmarkts und Aktionsplan zur Verwirklichung des Energiebinnenmarkts auf der Ebene des Einzelhandels	Nicht-Legislativmaßnahme	Die KOM wird mit Blick auf das Ziel, den Energiebinnenmarkt bis 2014 zu vervollständigen, einen Fortschrittsbericht vorlegen.
14	Umwelt	Ressourceneffizienz und Abfälle	Legislativmaßnahme	Die Arbeiten werden auf den Fortschritten bei der Umsetzung des Fahrplans für ein ressourcenschonendes Europa aufbauen und die wichtigsten Grundlagen legen, damit die EU ihr Potenzial zur Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität nutzen, den Ressourcenverbrauch verringern und sich stärker auf eine Kreislaufwirtschaft zu bewegen kann. Dazu gehören die Schlussfolgerungen aus der Entwicklung geeigneter Indikatoren und Ziele sowie die Überarbeitung der wichtigsten Zielwerte in den Abfallvorschriften der EU (entsprechend den Überprüfungsklauseln in der Abfallrahmenrichtlinie, der Deponierichtlinie und der Verpackungsrichtlinie) und Durchführung einer Ex-post-Bewertung der Abfallstromrichtlinien sowie Evaluierung der einzelnen Optionen zur Verstärkung der Kohärenz zwischen diesen Richtlinien.

## 6. Landwirtschaft, Fischerei, Verbraucherschutz, Entwicklung des ländlichen Raums

Vorbemerkung:

Da die Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) auf Ebene der Europäischen Union abgeschlossen sind, ist das Kalenderjahr 2014 in diesen Politikfeldern hauptsächlich der Umsetzung durch die EU und in den Nationalstaaten gewidmet. Dementsprechend finden sich hier relativ wenige neue Initiativen. Die für 2014 geplanten Initiativen sind durch öffentliche Konsultationen bereits eingeleitet worden und waren daher abzusehen. Aus den Politikfeldern Fischerei und Verbraucherschutz werden keine eigenen neuen Initiativen gestartet. Wichtig für die Sektoren Landwirtschaft und Fischerei wird ebenfalls die im Bereich Wettbewerb geplante Initiative zur Überarbeitung des Beihilferechts (Nr. 5 und Nr. 6) sein, die Fördermaßnahmen umfasst, die außerhalb der GAP und GFP laufen, wie zum Beispiel die Gemeinsame Aufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz und andere landesspezifische Programme.

### Neue Initiativen der KOM

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
1	Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums	Überarbeitung des politischen und rechtlichen Rahmens der EU für die ökologische / biologische Anbauweise	Legislativmaßnahme /Nicht-Legislativmaßnahme	Überprüfung, wie relevant der rechtliche Rahmen für die weitere Entwicklung des Sektors ist.

## 7. Justiz, Inneres, Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention, Humanitäre Hilfe, Schutz der finanziellen Interessen der EU und Rechtsstaatlichkeit

Vorbemerkung:

Justiz und Sicherheit sind im Arbeitsprogramm als eine der insgesamt vier „Hauptprioritäten“ ausgewiesen. Der Schwerpunkt liegt im Abschluss der bereits vorgeschlagenen Maßnahmen, u.a. dem Datenschutzpaket sowie der Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft zum Schutz der finanziellen Interessen der EU. Der Schwerpunkt der neuen Maßnahmen liegt im Bereich der Konzeption künftiger Politikansätze. Hintergrund ist u.a. das Auslaufen des Stockholmer Programms Ende 2014. Daneben beabsichtigt die Kommission auf Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitgliedstaaten (u.a. Ungarn und Bulgarien) und nachfolgende Handlungsaufforderungen aus den übrigen Mitgliedstaaten zu reagieren. So soll ein einheitlicher soft-law Reaktionsmechanismus vorgeschlagen werden, wenn ein ernsthaftes Risiko für die Rechtsstaatlichkeit vorliegt und eine vordefinierte Schwelle überschritten wird. Überdies plant die Kommission eine Reform des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF). Diese Reform soll u.a. eine bessere rechtliche Überprüfung der Untersuchungsmaßnahmen von OLAF ermöglichen.

In den Arbeitsprogrammen 2012 und 2013 hatte die Kommission Maßnahmen angekündigt, die sie bisher weder veröffentlicht noch zurückgenommen hat und die im Arbeitsprogramm 2014 nicht erwähnt werden. Dazu zählen folgende Maßnahmen: Vorratsdatenspeicherung (Legislativmaßnahme, geplant für 2012); Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelsachen (Legislativmaßnahme, geplant für Juni 2013) und Gesamtkonzept für die Bewältigung von Krisen außerhalb der EU (Nicht-Legislativmaßnahme, geplant für 2013).

### Neue Initiativen der KOM

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
17	Inneres/ Maritime Angelegenheiten	EU-Strategie für die Sicherheit des Seeverkehrs	Nicht-Legislativmaßnahme	In einer gemeinsamen Mitteilung mit der Hohen Vertreterin soll ein kohärenter Strategierahmen sowohl für die interne als auch für die externe Sicherheit des Seeverkehrs entworfen werden, der sich mit Blick auf eine bessere Bewältigung der großen maritimen Sicherheitsprobleme auf Zusammenarbeit, Komplementarität und gemeinsame Ressourcennutzung ziviler und militärischer Einrichtungen stützen wird.
18	Inneres	Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus	Nicht-Legislativmaßnahme	Mitteilung zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Entwicklung neuer Werkzeuge zur Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus. Die Mitteilung wird auf den Schlussfolgerungen des 2011 eingerichteten Netzwerks zur Bekämpfung der Radikalisierung aufbauen und auch auf eine Überarbeitung der EU-Strategie zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus eingehen.

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele
19	Inneres	Ausarbeitung eines Folgerahmens zum Hyogo-Rahmenaktionsplan	Nicht-Legislativmaßnahme	Mit dieser Initiative soll der Rahmen für den EU-Beitrag in den Gesprächen über den internationalen Rahmen für Maßnahmen zur Verminderung des Katastrophenrisikos geschaffen werden.
20	Justiz und Inneres	Künftige Prioritäten in den Bereichen Justiz und Inneres	Nicht-Legislativmaßnahme	Da das Stockholmer Programm Ende 2014 ausläuft und die Politik in den Bereichen Freiheit, Sicherheit und Justiz integraler Bestandteil des EU-Systems ist, wird die Kommission eine Mitteilung über die künftige EU-Politik im Bereich Justiz und eine neue europäische Agenda für den Bereich Inneres vorlegen.
26	Schutz der finanziellen Interessen der EU	OLAF-Reform	Legislativmaßnahme	Anknüpfend an die Mitteilung über die Verbesserung der OLAF-Governance und die Stärkung der Verfahrensgarantien bei OLAF-Untersuchungen könnten weitere systemische Verbesserungen an der OLAF-Verordnung vorgenommen werden; so könnten die Verfahrensgarantien, die der Kommissionsvorschlag über die Einsetzung einer europäischen Staatsanwaltschaft vorsieht, auf die administrativen Untersuchungen des OLAF übertragen werden, wobei diese neuen Garantien noch vor Einrichtung der europäischen Staatsanwaltschaft zur Geltung gelangen können. Die neuen Verfahrensgarantien könnten eine genauere rechtliche Überprüfung von Untersuchungsmaßnahmen durch eine unabhängige Stelle zur Kontrolle der Verfahrensgarantien sowie bessere Verfahrensgarantien für die Fälle, in denen das OLAF in EU-Organen durchsuchungs- oder sicherstellungsähnliche Handlungen vornimmt, umfassen.
28	Rechtsstaatlichkeit	Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union	Nicht-Legislativmaßnahme	Mit dieser Mitteilung wird die Kommission einen weiterführenden Beitrag zu den Überlegungen zu einem Rahmen für eine konsequente Reaktion im Fall eines Verstoßes gegen die Rechtsstaatlichkeit liefern.